

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Der Betrugungsgefahr und in allen Klauen verbleibt

**Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen**  
Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie  
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Zeugungspreis: 100 Jahre monatlich 2,50 Reichsmark, durch die Post bezogen monatlich 2,20 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-21 / Reichshofstraße 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfachnummer: Dresden Nr. 15600  
Erscheinenszeiten: Montag von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde, Mittwochs von 17 bis 18 Uhr für betriebs- und arbeiterrechtliche Fragen, Freitags von 16 bis 19 Uhr juristische Sprechstunde  
Anzeigenpreis: Die einmal gestaltete Normzeile oder deren Raum 0,35 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM für die Restzeile umschließend an den dreißigtägigen Zeit einer Zeile 1,50 RM  
Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-21, Reichshofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höchster Notwendigkeit ist Anruf bei der Redaktion oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang Dresden, Montag den 21. Oktober 1929 Nummer 246

## Sturm gegen die Verhaftungen der Rohrleger in Berlin

Heute, 19.30 Uhr, Protestkundgebung in Dresden, Fischhofplatz

Faschistische Bombenattentäter freigelassen / Polizeischuß für faschistische Demonstranten / Glänzender Verlauf der Frauen-Konferenz  
8 Rohrleger-Funktionäre in Haft!

### Der Schurkenstreich des Sozialfaschismus

Von unserem Berliner Korrespondenten

Berlin, den 20. Oktober.

Die bereits am Sonnabend mitgeteilte Verhaftung der Führer der Berliner Rohrleger hat einen ungeheuren Sturm der Empörung entfacht. Es handelt sich nicht nur um die Kollegen Niedertrichner, Kohn und Weich, wie wir am Sonnabend mitteilten, sondern auch um Koppe, Reich, Lewin, Zahne und Witt, insgesamt also um acht führende Kollegen der „Vereinigung der Rohrleger“ bzw. der Streikleitung der Berliner Rohrleger. Die Verhaftung erfolgte angeblich deshalb, weil diese Funktionäre persönlich verantwortlich seien für die Verjagung von Streikbrechern von den Baustellen (!). Gleichzeitig mit der Verhaftung fand eine polizeiliche Hausdurchsuchung in den Räumen der Rohrlegervereinigung statt, wobei alle Schränke und Schreibtische aufgedrückt wurden. Diese Hausdurchsuchung verlief jedoch ergebnislos.

Die Nachricht von den Verhaftungen verbreitete sich blitzschnell. Kurze Zeit darauf waren bereits hunderttausend Reichsbürger in Berlin erschienen. Die Kundgebung wurde von einem Funktionär der Kommunistischen Partei eröffnet, der unter braulemdem Beifall erklärte, er übernehme diese Funktion, um die noch in Freiheit befindlichen Rohrlegerfunktionäre nicht zu gefährden. Die Versammlung nahm einstimmig einen Beschluß auf Weiterführung des Streikes an.

Nach Schluß der Kundgebung bildete sich ein mächtiger Demonstrationzug, der sich nach dem Alexanderplatz hin bewegte und dann auf dem Bülowplatz in eine Kundgebung vor dem Karl-Liebknecht-Haus mündete, vor dem Genosse Wilhelm Pieck händete. Seine Worte gegen diesen neuesten Schurkenstreich des Sozialfaschismus sprachen. Der Streich des Berliner Polizeipräsidenten ist nichts anderes als ein Versuch der verärgerten Unternehmer und Reformisten, mit Hilfe der kapitalistischen Staatsmacht dem Streik das Genick zu brechen. Dieser Anschlag muß an der Solidarität der Arbeiterklasse scheitern.

8 Wochen haben jetzt die Berliner Rohrleger und Heizungsmontate in einem heroischen Kampf gegen einen Last, der ihnen von der DVB-Bürokratie gegen ihren Willen auferlegt werden sollte und der erhebliche Verschlechterungen ihres Arbeitsverhältnisses brachte. Der sozialdemokratische Reichsarbeitsminister Wiffell hat schon zu Beginn dieses Kampfes den Staatsapparat in Bewegung gesetzt und durch die „Allgemeinverbindlichkeitsverordnung“ dieses Tarifes die formale Handhabe für das Eingreifen der Staatsgewalt geschaffen. Die DVB-Bürokratie hat sich in ihrem Kampfe gegen die unter revolutionärer Führung stehenden Rohrleger gestellt. Der Verband Berliner Metallindustrieller sowie der Verband der Berliner Bauergewerkschaft und darüber hinaus der Reichsverband der Deutschen Industrie haben den Rohrleger-Unternehmern durch riesige Geldsummen, die in die Millionen gehen, bisher das Durchhalten ermöglicht. Die Vereinigten Unternehmerverbände sowie die Gewerkschaftsbürokratie und der Staatsapparat erkannten wohl, daß der Rohrlegerstreik ein Durchbruchskampf gegen die Vereinigung aller Klassenfeinde des Proletariats ist. Nachdem selbst der organisierte Streik durch den Verbandsapparat des DVB durch die Heranschleppung von Streikbrechern aus allen Teilen des Reiches, als auch die Lügenbege der SPD-Presse den Streik nicht niederzulegen konnte, greift jetzt Jörgel ein, um dieses Ziel zu erreichen.

Die Gewerkschaftsbürokratie, die schon in den letzten Tagen in internen Sitzungen die Verhaftung der revolutionären Streikleitung angekündigt hat, ist am Ende ihres Scheiterns angelangt und läßt, wie am 1. Mai, ihren Jörgel in Funktion treten. Die unjosephische Behandlung einiger sozialfaschistischer Streikbrecher durch empörte Berliner Arbeiter wird von Jörgel als Vorwand für den schon lange vorbereiteten faschistischen Gewaltstreich genommen. Es ist ein erbärmlicher und verlogener Vorwand, denn die Empörung der Arbeiter über streikbrecherische Subjekte beruht auf dem elementarsten Klassenbewußtsein des Proletariats. Jörgel handelt genau so wie der berühmte Nagan unter Wilhelm II., der ebenfalls unter dem verlogenen Argument des „Schutzes der Arbeitswilligen“ Polizei gegen Streikende einsetzte. Die Rohrleger sollen dadurch führerlos gemacht und entmutigt werden. Das wird ihnen nicht gelingen. Genau so, wie alle bisherigen Maßnahmen die Rohrlegereit nur noch enger zusammenzuziehen, wird dieser neue brutale Angriff die Streikfront noch fester zusammenschließen. Die zentrale Streikleitung hat sofort Maßnahmen getroffen, um das Vorgehen der Polizei wirkungslos zu machen.

Dieser Angriff der Staatsgewalt auf die streikenden Rohrleger zeigt allen Arbeitern die Verbundenheit der sozialfaschistischen Bürokratie mit dem Staatsapparat. Die Arbeiter müssen daraus die Konsequenzen ziehen und in allen Betrieben und Versammlungen ihre Solidarität mit den Rohrlegern in Berlin zum Ausdruck bringen. Dieser Angriff gilt nicht den Rohrlegern allein, sondern der gesamten Arbeiterklasse, und zeigt mit aller Brutalität, wessen sich die Arbeiter bei den zukünftigen Kämpfen zu gewöhnen haben. Der Waffenturm aller Arbeiter muß diesen streichen Vorstoß der vereinigten Unternehmer, Gewerkschaftsbürokratie und des Staatsapparates zum Scheitern bringen. Im gemeinsamen Kampf mit der revolutionären Gewerkschaftsopposition müssen die Arbeiter zur Vertreibung ihrer

Streiks- und Koalitionsrechte alle Sozialfaschisten aus ihren Reihen vertreiben.

Jetzt gilt es erst recht in allen Betrieben Delegierte zum Reichstagskongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition am 30. November und 1. Dezember in Berlin zu wählen. Auf diesem Kongreß werden die hasserbelegten Arbeiter die Grundgesetze schaffen zum verfeindeten und organisierten Kampf der Opposition gegen die Feinde des Proletariats in den Gewerkschaften, um so die Fahn frei zu machen zum Kampf für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen, für ein uneingeschränktes Streik- und Koalitionsrecht. Das ist neben der notwendigen und nachdrücklich einzuwendenden finanziellen die beste solidarische Unterstützung, die den kämpfenden Berliner Rohrlegern durch die gesamte Arbeiterklasse gebracht werden muß.

**Die Dresdner Arbeiterchaft gibt ihrer Empörung über diesen Schandstreich und der Solidarität mit den kämpfenden Rohrlegern Ausdruck, heute Montag, 19.30 Uhr auf dem Fischhofplatz!**  
Kein klassenbewußter Arbeiter darf hier zurückbleiben! Es geht um elementare Rechte der Arbeiterbewegung!

### SPD-Polizeipräsident schützt Faschisten!

Glänzende Werbeaktion der Berliner Kommunisten!

Berlin, 21. Oktober. (Eig. Drahtbericht)

Tausende Berliner Genossen führten am gestrigen Sonntagvormittag in den wichtigsten Arbeiterbezirken Berlins, im Wedding und Neukölln, eine Haus- und Hofpropaganda, einen Sammeltag und eine Werbung für die antifaschistischen Organisationen durch. Zu Mittag fanden im Wedding und auf dem Reuterplatz in Neukölln unter freiem Himmel Kundgebungen gegen den Faschismus statt. Trotz höchstem Wetters hatten sich Tausende von Arbeitern eingefunden. Auf dem Reuterplatz wurden fünf Arbeiter verhaftet.

Auf dem Lustgarten war der Stadtheim aufmarschiert. Die bürgerliche Presse gibt eine Zahl von 800-1000 an. Die Nationalsozialisten hatten sich im Sportplatz versammelt, unter Schuß eines riesigen Polizeiaufgebotes. Nach Schluß der Kund-

### Nadir Khan



Der neue König von Afghanistan

Die afghanische Nationalversammlung in Kabul hat trotz heftiger Widerstrebens Nadir Khan zum König von Afghanistan gewählt. Nadir Khan hat bereits eine neue Regierung gebildet, in der er vorläufig den Posten des Ministerpräsidenten und Kriegeministers, sein Bruder das Amt des Finanzministers bekleidet. Sämtliche Verwandten Afghanistans im Ausland werden entlassen. Zum vorläufigen Leiter des Außenministeriums ist der Kultusminister in der früheren Regierung Amanullah ernannt worden.

Unter Bild zeigt eine der neuen Aufnahmen des derzeitigen Nachhabers in Afghanistan.

### Noch ein ostfächlicher Streikbrecher

Dresden, den 21. Oktober.

Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, befindet sich außer den beiden Dresdner Mitgliedern der Sozialistischen Arbeiterjugend noch ein ostfächlicher Streikbrecher, Schurke in Berlin. Es handelt sich um den Tharandt er auf Hellmann. Der Unternehmernecht arbeitet jetzt bei der Berliner Firma Meitig, Arbeiter Tharandt! Ergoht dafür, daß diesen Verrätern die Möglichkeit genommen wird, als Klassengenosse betrachtet zu werden! Nieder mit dem Streikbrechergesindel!

Verstärkt sofort die Sammlung für unsere kämpfenden Berliner Arbeiterbrüder!

Zeichnet einen Stundenlohn!

Schickt Lebensmittel an das J.H.S., Proletariat Dresden, Goppich 18, Tel. 11653!

In einer Erklärung, die der sozialdemokratische Polizeipräsident Jörgel bei der „Montag-Trotz“ gibt, behauptet er, daß die Polizei trotz aller Provokationen der Faschisten um Trotz gegen die Nazis nicht einen einzigen Schuß abgegeben habe. Jörgel gibt zu, daß er an seine Kommandos allgemeines Schießverbot gegen die Nazis erteilt hatte.

# Die Heimwehr-Regelung am Werk

Wien, 20. Oktober 1929

Die Regierung hat gestern dem Nationalrat das neue Bundesgesetz unterbreitet. Diese Vorlage bedeutet eine weitere Verschärfung der bisher bekanntgegebenen Vorläufe. Nach dieser Vorlage soll die Heimwehr in Zukunft gemeinlich vom Nationalrat und Ständerat ausgestellt werden. Der Ständerat erhält Vorschlagsrecht gegen alle Beschlüsse des Nationalrates, wird also in der Tat dem englischen Oberhaus gleichgestellt. Das männliche Alter wird für das aktive Wahlrecht auf 21, für das passive Wahlrecht auf 25 Jahre erhöht. Der Bundespräsident, der vom Volk gewählt werden soll, erhält diktatorische Vollmachten und das Recht, in jeder Zeit den Ausnahmezustand zu verkünden. Verfassungsändernde Gesetze bedürfen nicht mehr einer Zweidrittelmehrheit, sie können mit einfacher Mehrheit über eine vom Bundespräsident angeordnete Volksabstimmung beschließen werden. Alle Druckschriften unterliegen der Zensur. Die Gewerkschaften werden vollständig abgeschafft. Die Selbstverwaltung der Gemeinden wird aufgehoben. Wien verliert seinen bisherigen Charakter eines Bundesstaates. Der Adel soll ebenso wie das österreichische Finanzwesen mit dem Doppeladler wieder eingeführt werden. Schließlich mit dem Verfallungsgeiz hat die Regierung dem Nationalrat die neue Vorlage des Antiterrorgesetzes unterbreitet.

# Neue Verschärfung der Kommunistenjagd in Frankreich

Paris, 20. Oktober 1929

Das Komplotz der Regierung gegen die kommunistische Partei, das bereits am 1. August julage getreten ist, tritt in eine neue Phase ein. Das Gericht des Departements Seine hat neue Untersuchungen angeordnet, die zum Zwecke haben, zu den Ursachen wegen Verschönerung gegen die innere Sicherheit des Staates nach Hinlegen wegen Verschönerung gegen die äußere Sicherheit des Staates hinzuführen zu lassen.

Infolge dieser Entscheidung sind gegen eine Anzahl führende Kommunisten nicht weniger als 30 neue Anklagen erhoben worden. Davon werden im besonderen die Genossen Lachin, Torot, Ducloux, Farbuille u. a. betroffen. Selbst gegen Genossen Marin, der sich bereits zwei Jahre lang im Gefängnis befindet, wurde eine neue Anklage erhoben.

# Protestkundgebung in Brüssel gegen das Bluturteil von Pola

Brüssel, 19. Oktober 1929

Weitern oben fand eine spontane Kundgebung von Arbeitern vor der italienischen Botschaft statt, um gegen das Verbrechen von Pola zu protestieren. Die Menge warf die Gendarmen mit Steinen ein. Die Polizei konnte erst durch Gebrauch von Schusswaffen der Kundgebung ein Ende bereiten.

# Der Reichsfrauentag ruft zur Sammlung!

Frauendelegation nach der Sowjetunion gewählt

Berlin, 21. Okt. (Eig. Drahtbericht)

Am Sonntagvormittag 19. Oktober wurde im Reichshaus der Reichsfrauentag der werktätigen Frauen eröffnet. Der mit revolutionären Parolen ausgeschmückte Saal war bis zum letzten Platz besetzt. Anwesend waren 408 weibliche Delegierte und 350 Frauen als Gäste. Die Mehrzahl der Delegierten bestand aus parteilosen Betriebsarbeiterinnen, die gegen den Kongress das Gebräue.

Im Namen des Zentralkomitees der kommunistischen Partei und des verbotenen Roten Frontkämpferbundes begrüßte Genosse Thalmann den Kongress, mit stürmischen Beifall empfangen. Er wies mit Nachdruck auf die Wendung der Partei zu den werktätigen Frauen und zur proletarischen Jugend hin, den verlassenen Schichten des Proletariats. Nachdem eine englische und eine österreichische Arbeiterin den Kongress begrüßt hatten, ergriß die Reichstagsabgeordnete Genossin Helene Overlach das Wort zu einem Referat über die Lage der werktätigen Frauen, über ihren Kampf um Lohn und Brot, gegen Arbeitslosigkeit und gegen den imperialistischen Krieg. Genossin Overlach gab einen Überblick über die zunehmende Verelendung der Proletarierinnen. Ihr Referat war ein mächtiger Appell zum geschlossenen Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Raum hatte die Genossin Overlach ihre Ausführungen beendet, marschierte, hüftstark umhüllt, in voller Uniform eine Delegation des verbotenen Roten Frontkämpferbundes ein. Ein Kamerad richtete an den Kongress die Kampfesgrüße der nicht zum verbotenen Roten Frontkämpferbunde.

# Demagogische Hebe gegen die Sowjetunion

Die östliche Kommode der Propagandisten der Tschangkaifsch-Classe durch die Sowjetregierung rufte eine immer härtere werdende Form der gesamten bürgerlichen Presse gegen die angebliche „Kriegspolizei“ der Sowjetunion hervor. Bei einigen Tagen hat die Sowjetregierung den deutschen Vorschlag zum Austausch der von beiden Staaten verhafteten Staatsbürger, die sich im Kongressarrest befinden, mit der jedem Normalmenschen einleuchtenden Begründung abgelehnt, daß nach dem Inhalt der Tschangkaifsch-Bandage auf die Ostbahn nicht die geringste Wahrscheinlichkeit für die Einhaltung irgendwelcher Verträge mit der Sowjetunion durch diese Klasse besteht, und daß deshalb zu berücksichtigen wäre, daß die deutsche Regierung, wenn Sowjetunion die als Kaperhandlung verhafteten Österreicher frei gibt, ebenfalls die verhafteten Sowjetbürger freiläßt und dann, ohne Gegenmaßnahmen füttern zu müssen, ermordet. Die ganze bürgerliche Presse, einschließlich des in der Antikommunistischen Hebe etwas zurückhaltenden Berliner Tagesblatts, erklärt zu dieser Kommode der Sowjetregierung, daß damit Ausland sich jedes Rechtes bediene, in Zukunft gegen Verhaftungen von Sowjetbürgern durch China und gegen ungenügenden Schutz der russischen Staatsangehörigen seitens der deutschen Kommode zu protestieren. Tschangkaifsch und seine Bande erhalten also von der deutschen bürgerlichen Presse geradezu einen Anreiz zu neuen Verbrechen.

Einen neuen Anreiz zur Demagogie bilden die Anforderungen des Arbeitskomitees Wozrowskij am 17. Tagung des Arbeiterkongresses, in der Frau Wozrowskij einseitig erklärte, daß die Sowjetunion den Frieden aufrechterhalten wolle, solange es möglich sei, daß es aber auch die objektive Unvermeidlichkeit des Zusammenstoßes mit den imperialistischen Mächten verheißt und daß für diesen Zusammenstoß viele Teile der Welt verantwortlich seien, was ist, wird nun von der Berliner Staatsregierung mit der Heberstift kommentiert: „Der einzige Weg zum Frieden ist der Kampf gegen die Sowjetkriegsminister.“ Und im gleichen Zusammenhang wird das folgende Vergeben der roten Kommode zur Unterbindung der sowjetischen Heberstift von der gesamten bürgerlichen Presse als „eine neue Heberstift“ bezeichnet. Das Spiel ist also, aber man macht, um die demagogische Demagogie zu entlarven. Während

# Faschistische Bombenattentäter freigelassen

Telegrammen unseres Berliner Korrespondenten.

Berlin, den 21. Oktober.

In aller Stille wurden sämtliche zur Thimm-Gruppe gehörigen Bombenattentäter aus der Haft entlassen, unter ihnen befindet sich kein Jüngerer als Helmut Flass, der Geschäftsführer des Bundeshauptlings Ehrhardt. Diese Entlassung erfolgte, obgleich durch dieselbe Infanz gleichzeitig erklärt wurde, daß nach wie vor das Untersuchungsverfahren wegen dringenden Verdachts der Beteiligung an den Attentaten weitergeführt werden mußte.

Diese ungeheuerliche Prozedur der gesamten Arbeitererschaft ist gleichzeitig ein schlagender Beweis für unsere

Behauptungen bei der Propagierung des neuen verschärften Republikvertrages. Begründet wurde es mit den „faschistischen Attentaten“, eingeleitet mit Faschisten-Verhaftungen“ und jetzt wird nur noch das wahre Antifaschistische Gesicht aufgedeckt, nachdem die hakenkreuzerischen Banditen wieder in Freiheit gesetzt wurden. Sie hebt der gepriesene Kampf Everings, Grzejnifis und Jörgiebelis „gegen die Reaktion aus!“

Arbeiter, antwortet auf diesen Gauzschlag der Reaktion durch Vorbereitung für einen machtvollen Aufmarsch gegen das NS-Verbot am 27. Oktober in Dresden!

# Dresdner Arbeiterproteste

Dresden, den 21. Oktober.

In der am Sonnabend dem 19. Oktober stattgefundenen überfüllten Begrüßungssammlung für die Angeklagten im Landfriedensbruchprozeß wurde einstimmig folgende Entschließung zur Verhaftung der Berliner Kohleleger gefaßt:

„Die am 19. Oktober verhafteten Arbeiter Dresdens in den Anwesenheiten protestieren aufs energischste gegen den Schandurteil des Polizeipräsidenten, der den kampfenden Kohlelegern von Berlin die Führung durch Verhaftung der Streikleitung, den Genossen Niederflinger, Kohn und Weik, raubte.“

Die Versammelten sind sich darüber klar, daß die Verhaftung der Streikleitung und die Schließung des Büros der Streikleitung auf Veranlassung der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie im Einvernehmen mit dem bürgerlichen Staatsapparat geschehen ist. Aus neue wird durch die Maßnahme der sozialfaschistischen Kuts, die Einheit zwischen Bourgeoisie, Staatsapparat und Sozialdemokratie behauptet.

Die Versammelten geloben alle Kräfte anzuspannen, um alle Betriebe und Verfassungen zu mobilisieren zum Kampf gegen Sozialfaschismus und Streikbrechertum.

Die Versammelten fordern die Freilassung der Verhafteten und die Verfassung des Streikbüros.

Die Arbeitererschaft gelobt in brüderlicher Solidarität die Sammlung für die Kohleleger

zu verhängen, um den Kohlelegerkreis zum liebreichen Ende zu führen.“ Eine sofort durchgeführte Sammlung für die Streikenden ergab die Summe von 15 Mark!

# Auch die Konferenz der oppositionellen Metallarbeiter

die am 20. Oktober tagte, und die sich mit der kapitalistischen Nationalisierung, der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie, dem Kampf der Berliner Kohleleger und den Aufgaben der revolutionären Gewerkschaftsopposition befaßte und von Vertretern aus den ausfallgebenden Metallbetrieben Ostdeutschlands besetzt war, heute einstimmig den folgenden Protesttelegramm an das Reichsinnenministerium zu senden:

„Ursprüngliche oppositionelle Metallarbeiterkonferenz protestiert aufs schärfste gegen Verhaftung der Streikleitung Berliner Kohleleger.“

Weiter gelangte nachfolgende Resolution zur Annahme:

„Das Verhalten der sozialfaschistischen Gewerkschaftsführer gegen die streikenden Kohleleger ist ein deutlich sprechendes Beispiel für die Entwicklung der SPD vom Reformismus zum offenen Sozialfaschismus. Im Kohlelegerstreik haben die reformistischen Führer gezeigt, daß sie bereit sind, jede Lohnbewegung im Interesse der herrschenden Bourgeoisie niederzuschlagen.“

Die Verbindlichkeitsklärung durch Willkür, die Verhaftung Streikender, Verhaftung von Sammelgelehrten und als Höhepunkt die Verhaftung der Streikleitung sind Schläge, die die SPD-Führer im Dienste der Unternehmer ausstellen. Der heidenmütige Kampf der Kohleleger gegen Unternehmermissetat und sozialfaschistische Spaltung und Streikbrecherpolitik liegt im Interesse des Gesamtproletariats und muß von der gesamten Arbeitererschaft fruchtbar unterstützt werden. Die Konferenz fordert alle Arbeiter zur Stellungnahme in den Betrieben gegen den sozialfaschistischen Terror und für die kampfenden Kohleleger auf!“

# Der Kampf in der Wolllindustrie Großbritanniens

London (Anwerfart)

Die Urabstimmung in der Frage der Fortsetzung der Unternehmung in der Wolllindustrie nach Beendigung am 23. Januar erbrachte in der Gewerkschaft der Wolllarbeiter das folgende Ergebnis von 173 gegen 190 Stimmen für die Annahme. Die Gewerkschaften favorisierten den Kampf und wollen die Urabstimmung nur zu einem Ende auf die Unternehmung bei den Truppenbindungen aussetzen.

In Bradford fand eine Konferenz der Widerstandsbewegung zur Organisierung des Widerstandes und des Streiks statt.

# Der Kampf der Bergarbeiter in der Limeschloßwafel

Brag (Anwerfart)

Im Früher Kevier sind drei weitere Schächte in den Streik getreten, so daß jetzt insgesamt 13 Schächte mit etwa 8000 Arbeitern streiken.

In Komotau wurde eine Versammlung der Schächte Edv Tiefbau und Großmann durch ein hartes Gendarmereisenaufgebot auseinandergetrieben. Darauf fand nachts eine Versammlung im Walde statt, die außerordentlich gut verlief und durch den organisierten proletarischen Selbstschutz geschützt wurde.

# Die Forderungen der gefangenen Sowjetbürger in der Mandschurei

Koosau, 20. Oktober 1929

Die 2000 im Hungerstreik stehenden Gefangenen im Anzermierungslager in Sumpel verlangen die Erhebung der Anklage und Freilassung aller derjenigen, gegen welche keine Anklage von Seiten der Behörden erhoben wird. Insbesondere müssen die Frauen der Gefangenen freigelassen und eine Verbesserung des Gefangenenregimes durchgeführt werden. Der Hungerstreik, der ursprünglich auf drei Tage festgesetzt war, soll solange fortgesetzt werden, bis die Regierung die Forderungen der Gefangenen erfüllt hat. Wie aus Chardin gemeldet wird, steht die Entlassung sämtlicher bisher zurückgehaltener, bis noch nicht entlassener Sowjetangehöriger der Ostbahn bevor, falls sie die chinesische Staatsangehörigkeit annehmen.

# Vom Lage

Schweres Hochenergieglück in Spanien

11. Paris, 19. Okt. Nach einer Meldung des „Excelsior“ aus Madrid ist am Freitag in der Nähe von Bilbao ein in Ausbesserung befindlicher Hochofen explodiert. Die Zahl der Toten beläuft sich auf 12, die der Verletzten auf 24. 9 Arbeiter werden noch vermißt.

# Schwerer Explosion bei Paris

Fünf Schwerverletzte

11. Paris, 19. Okt. In einer chemischen Fabrik in einem Vorort explodierten am Freitag mehrere große Benzinhaltbehälter, die das ganze Gebäude in Flammen setzten. Die Feuerwehr ist es gelungen, das ganze Gebäude unter Wasser zu legen. Obgleich die Arbeiter im Augenblick der Explosion im Begriff waren, das Grundstück zu verlassen, wurden fünf von ihnen von den Flammen erfaßt und erlitten schwere Brandwunden. Bei den Vorkarheiten, die sich sofort im Inneren des Gebäudes, erlitten außerdem acht Arbeiter Verletzungen durch aufsteigende Giftdämpfe Kohlenoxydgasen.

# Aus dem Fünfjahresplan der UdSSR



Verleihen von Traktoren der roten Putilow-Werke. Monatliche Produktion 500 Traktoren.

Für

Die 6. Der Staat wirtschaftliche Arbeitenden Kapitalisten Proletariat Sie durch Gehörte Wächter kann nicht meller luy und den Erfolge Wege zu:

Die 6. Bewegung der der die währeren der realen gehören, den durch die Wächter können für politischen

Die 6. werraten b langen die Parlamente der realen der Kapitalisten Wächter können für politischen

Die 6. hat die macht blüh Wie an Tag dient. Den Interessen im proletarischen werden, das an die Dopp funkt. Die Erziehung der die deut Die Politik eine Politik des gelamir

Die 6. Die 6. latoriat u unterdrück der soziali

Die 6. In Anbetung Wächter werden den

Die 6. 1. Für d

Die 6. Sicherl Res. Landes, fände des mittel, des Inhalt, alles Schaffung ent welen, Ent Sowjetmittl 2. Zeitigung reise des 9

Die 6. Dein

# Kommunalarbeit im proletarischen Staat

Die Gemeinden sind Teile des politischen Machtapparates. Der Staat ist ein Organ der jeweils herrschenden Klasse. Die wirkliche Durchführung einer Gemeindepolitik im Interesse der arbeitenden Klasse kann nur erfolgen durch die Beteiligung der kapitalistischen Gesellschaft durch die Machtübertragung durch das Proletariat. Die Gemeinden müssen sich der Machtübertragung durch das Proletariat stellen. Sie dürfen deswegen die Gemeindegremien auch nur unter dem Gesichtspunkt einer Massenmobilisierung für den revolutionären Kampf betrachten. Das Ergebnis der allgemeinen Wahl kann nicht die Erhebung der Macht sein, es ist nur ein Maßstab für das Kräfteverhältnis der Klassen für die Entscheidung und den Verlauf der Massen. In diesem Sinne gibt es auch Erfahrungen und Belehrungen für die Maßnahmen auf dem Wege zur Machtübertragung.

Die Erkenntnis breiter Schichten, daß nur die Massenbewegung den Sieg des Proletariats herbeiführen kann, ist die bei der Stimmabgabe ihren Ausdruck findet, die Wahl eines größeren Zahl revolutionärer Kandidaten, die Wahlbezirke der reaktionären Parteien, zu denen auch die Sozialdemokraten gehören, beeinflussen gewaltig die Wahlergebnisse, Tageslosungen durchzuführen, wie auch den Sieg des Proletariats zu beschleunigen. Diese Beschleunigung wird aber nur erzielt in dem Maße, wie die Massen ihre Stimmengabe für die revolutionäre Partei und ihre Kandidaten umgeben in Kampfbewegungen für ihre Ziele in Demonstrationen, Streikbewegungen politischen Streiks in Wahlkampfen.

## Die Gemeinden im bürgerlich-kapitalistischen Staat

vertreten die Interessen der Kapitalisten. Sämtliche Handlungen dieser Gemeinden und des in den Verwaltungen und Parlamenten tätigen Personals, mit Ausnahme der Vertreter der revolutionären Opposition, sind eingeleitet auf die Festigung der kapitalistischen Staatsmacht, auf die Erhaltung der kapitalistischen Gesellschaft. Sie sind abgestellt auf die Entlastung der Behörden und die Erhaltung der arbeitenden Massen. Die Bürgerlichen und die für den bürgerlichen Staat arbeitenden sozialdemokratischen Vertreter berücksichtigen jede Regelung der Gemeindegremien im Interesse der arbeitenden Schichten. Die Arbeit der Gemeinden im kommunalistischen Staat ist durch die Arbeit der Arbeiter, die Arbeiter durch hohe Preise die Rentabilität der Betriebe erhöhen müssen, was nach den Ertragsverhältnissen die Preise erhöhen. Auch auf den Posten der Gemeindegremien haben die Arbeiter die relative Höhe der Preise zu stellen. Die Verhältnisse werden aber keineswegs nach den Bedürfnissen der Arbeiter reguliert. Gerade nach den Arbeiterverhältnissen sind die wichtigsten Verhältnisse vorhanden. In eng abgestimmten Straßenbahnen, Unternehmungen oder Hochbahnlinien führen die Arbeiter zu ihrem oft weit entfernten Arbeitsort, während sich die Wohnungen der Kapitalisten, in der Wohnverteilung aber nur wenig höhere Preise zahlen. Die Wohnkosten haben die Arbeiter aufzubringen.

Den höchsten Interessen werden für schlechte Waren hohe Steuern eingehoben. Die Höhe der Steuern ist durch ein unzureichendes Angebot an Waren bedingt. Die Höhe der Steuern ist durch die unzureichende Produktion der Waren bedingt. Die Höhe der Steuern ist durch die unzureichende Produktion der Waren bedingt.

Bürgerliche und sozialdemokratische Gemeindegremien werden nicht die Durchführung der Wohnbauten in eigener Hand. Sie schließen sich den Unternehmern gewaltig an, die die Löhne und fördern den Bauwesen. Die Wohnbauten werden dadurch so hoch, daß kein Arbeiter sie zu bezahlen vermag.

Auf diesem Boden der Arbeit für die Privatkapitalisten wächst Mühsal und Geißel die Korruption.

Die anderen liegen die Verhältnisse im proletarischen Staat. Dort dient, wie jede Tätigkeit, auch die in den Gemeinden nur den Interessen der Arbeiterklasse, nach welchen Gesichtspunkten im proletarischen Staat die Gemeindegremien durchgeführt werden, darüber gibt eine Anweisung des Moskauer Komitees an die Deputierten in der Moskauer und Kantonowjatschewskaja. Die Gemeindegremien der Arbeiter und Kantonowjatschewskaja. Die Gemeindegremien der Arbeiter und Kantonowjatschewskaja. Die Gemeindegremien der Arbeiter und Kantonowjatschewskaja.

Die Anweisung ist deswegen auch die Aufforderung:

„Den brüderlichen Kontakt mit dem internationalen Proletariat und mit den einen heldenmütigen Kampf triumphierend unterdrückt Willern der Kolonen im Namen des Triumphes der sozialistischen Weltrevolution zu fördern und zu leisten.“

In Anbetracht der Erkenntnis, daß die beste Förderung der Weltrevolution der sozialistische Aufbau in der Sowjetunion ist, werden den Deputierten dann folgende Aufgaben gestellt:

### 1. Für die Förderung des sozialistischen Aufbaues

Sicherstellung des festgelegten Tempos der Industrialisierung des Landes, Entwidlung der staatlichen Großindustrie — insbesondere der Schwerindustrie — der Produktion von Produktionsmitteln, Hebung und sozialistische Rekonstruktion der Landwirtschaft, alleseitige Hebung des Erntertrages der Bauernfelder, Schaffung eines reichlichen, maßumfassenden Genossenschaftswesens, Entfaltung der Kollektivierung und der Schaffung von Sowjetkollektivitäten.

### 2. Zur Hebung der Lage der Arbeiterschaft

Beseitigung der Bürokratie und Vernichtung der Überreste des Kapitalismus. Alle Maßnahmen zu treffen zur

## Dein Kollege

ist über die Stellung der Kommunisten zu den kommunalistischen Fragen nicht informiert. Biete ihm den Tätigkeitsbericht der Pres. der Stadtverordnetenfraktion der RPD an. Die kostet nur 20 Pfennig und berichtet ihm das, was er braucht.

weiteren Hebung der materiellen Lage, des Kulturniveaus der Arbeiter und aller Werktätigen, zur weiteren Einbeziehung breiter proletarischer Massen in die Arbeit des Sowjetstaates und zur Erschließung neuer Kräfte für die Sowjetarbeit, zur Steigerung des Kampfes gegen den Bürokratismus auf Basis einer praktischen Entfaltung proletarischer Selbsttätigkeit, zur Beseitigung aller Hoffnungslosigkeiten, vorrückenden und fortwährenden Elemente aus dem Sowjetapparat, zur allseitigen Verbesserung, Vereinfachung und Verbilligung des Staats- und Wirtschaftsapparates.

Zuspitzung des Klassenkampfes und einer Steigerung des Widerstandes der kapitalistischen Elemente gegen die Industrialisierung des Landes und die sozialistische Rekonstruktion der Landwirtschaft alle Maßnahmen zu treffen zur weiteren erfolgreichen Entfaltung der sozialistischen Offensive gegen den Kapitalismus und den Kapitalismus, unter gleichzeitiger Steigerung der führenden Rolle des Proletariats in der Sowjetunion, unter Zusammenfassung der Proletariat und des Proletariats und unter Steigerung des Kampfes mit dem Mittelbauern.

### 3. Besondere Maßnahmen auf dem Gebiete der Industrie

Weiterentwicklung der Industrie des Moskauer Gouvernements, im besonderen der Produktionsmittel erzeugenden Industriezweige, zur vollständigen Beseitigung der Industriebetriebe mit Kohlen, zur Verbesserung der Dampf- und Elektrowirtschaft und zur Erzielung der veralteten Betriebseinrichtungen durch neue.

Wenigstens 75prozentige Herabsetzung der Gehaltslöcher in den Industriebetrieben, in der Warenausgabe der

## Das Muster einer sozialistischen Kandidatenliste

Mit nicht mehr zu überbietender Frechheit behaupten die SPD-Führer immer wieder, daß die sozialdemokratische Partei auch heute noch eine Arbeiterpartei sei. An einer Tatsache wollen wir heute wieder einmal den sozialdemokratischen Wählerkandidaten die Nase von ihrer verlogenen Frauke (oder) verprügeln: die sozialdemokratische Kandidatenliste für die Stadtverordnetenwahl in Frankfurt, die nach keiner eigenen Darstellung eine organische Vereinigung aller wirtschaftlich Schwachen sein soll. Und die hebt unter Fortlassung der Kandidaten Namen wie folgt aus:

1. Geschäftsführer, 2. Schuhmachermeister, 3. Kopf des Arbeitervereins, 4. Arbeiterführer, 5. Kontrolleur, 6. Geschäftsführer, 7. Detektiv, 8. Hausfrau, 9. Kontrolleur, 10. Gemeindefunktionär, 11. Schriftführer, 12. Rechtsanwalt, 13. Lagerverwalter, 14. Parteifunktionär, 15. Bildhauer, 16. Kaufmann, 17. Pensionär, 18. Hausfrau, 19. Holzarbeiter, 20. Buchdrucker.

Der erste Arbeiter auf der sozialdemokratischen Kandidatenliste für die Stadtverordnetenwahl in Frankfurt (Oder) erscheint also an der 19. (in Worten: neunzehnten) Stelle. In einer der größten Städte der Provinz Brandenburg, in Frankfurt (Oder), wird also nicht ein einziger Arbeiter durch die sozialdemokratische Kandidatenliste gewählt. Alle werksfähigen Männer und Frauen geben den sozialdemokratischen Kandidatenlisten für den Fraktion an die Futtertrögen eine Antwort, die sie sich nicht hinter den Spiegel können werben. Alle ihre Stimmen vereinigen sie am 17. November auf die mittlere Stimme des westlichen Volkes, auf die

Kandidatenlisten der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Kohlente liegende Sparpläne wollen zu lassen und die unproduktiven Kosten herabzusetzen; die Rationalisierung der Produktion weiter fortsetzen; alle Maßnahmen zu treffen zur Hebung der Qualität der Produktion.

In den für Umstellung auf den Siebentundentag ausserbetrieblichen Betrieben die Einführung des Siebentundentages ohne Verringerung des Arbeitslohnes, wie auch der Produktionsmenge der Betriebe umzusetzen.

In die wirtschaftliche Aufbauarbeit die Tätigkeit der Arbeitermassen einzubeziehen durch Steigerung der Tätigkeit der Produktionsarbeiter, durch gesteigerte Förderung der Erfindertätigkeit unter den Arbeitern wie auch durch häuslichen Kontakt im Bereich der Tagelohnarbeit mit den Betriebsmitgliedern und den aktiven Arbeitern in der Industrie; die Angestellte und Techniker, wie auch die mittelständlichen Kräfte in größerem Maße in den praktischen Wirtschaftsaufbau hineinzubeziehen.

### 4. Auf dem Gebiete der Landwirtschaft

Den Aufstieg unserer sozialistischen Rekonstruktion der Landwirtschaft unentwegt zu fördern und die auf Hebung des Erntertrages, auf Ausdehnung der Anbaufläche, auf Entfaltung des Genossenschaftswesens und der Kollektivierung gerichteten Maßnahmen zu leiten.

Im Interesse der Versorgung der Arbeiterbevölkerung von Stadt und Gouvernement mit Produkten der Viehzucht und Gemüseselbstwirtschaften, wie auch die Organisation neuer Betriebe mit allen Mitteln zu fördern, und alle Maßnahmen zu treffen zur Entfaltung der Genossenschaftswirtschaft, insbesondere unter den Arbeitern.

Der Doroismus jedwede Hilfe angeheben zu lassen, ihre Beseitigung von der wirtschaftlichen Abhängigkeit von den Kapitalisten, ihre Beseitigung von der Ausbeutung durch die Kapitalisten usw. zu fördern.

### 5. Auf dem Gebiete des Genossenschaftswesens und des Handels

Alle Maßnahmen zu treffen zur ungezügelteren Beförderung der arbeitenden Massen Moskaus mit den wichtigsten Nahrungsmitteln und grundlegenden Bedarfsartikeln, zu welchem Zweck folgende Maßnahmen getroffen werden sollen:

Steigerung der Vorräte der in Frage stehenden Waren und Ausdehnung des Handelsnetzes vorwiegend in den Arbeiterbezirken und Organisation des Handels auf dem Gebiete der Fabriken und Industriewerke, unter Anpassung an die Bedürfnisse der Arbeiter.

Gesteigerter Bau von Stoffabriken unter Verbesserung der Qualität des zu produzierenden Protes, Ausbau des Netzes von Kantinen und sonstigen genossenschaftlichen Betrieben die die Befriedigung der Lebensbedürfnisse der Bevölkerung zur Aufgabe haben.

Fortleitung der genossenschaftlichen Zusammenfassung der werksfähigen und ihrer Angehörigen in Konsumgenossenschaften, wobei in erster Reihe die rechtliche genossenschaftliche Zusammenfassung der werksfähigen Bevölkerung von Stadt und Gouvernement anzustreben ist.

### 6. Auf dem Gebiete des Sowjetaufbaues

Genauere Durchführung aller Aktionen des Haushaltsplans zu kontrollieren und dabei eine konstante und zweckmäßige Verwendung der Geldmittel, wie auch eine Herabsetzung der Verwaltungsstellen anzustreben; die Stärkung und Ausdehnung der Haushaltspläne der unteren Organe zu fördern; alle Maßnahmen zu treffen zur zuverlässigen Erfüllung der nicht werksfähigen Elemente, zur Entziehung dieser Steuern unter strenger Berücksichtigung des Klassenprinzips in unserem Steuerwesen; maximale Verbreitung der Staatsanleihe unter den Arbeitern, Bauern und Angestellten anzustreben; alle Maßnahmen zu treffen zur gesteigerten Unterbindung der Anleihe des Moskauer Sowjets, die zweck besserer Befriedigung der Kultur- und Lebensbedürfnisse der werksfähigen Bevölkerung Moskaus und des Moskauer Gouvernements aufgelegt wird.

Den Kampf gegen die Wohnungsnot fortzusetzen und alle Maßnahmen zu treffen zur Verbilligung des Wohnungsbauens; im Zusammenhang mit dem Uebergang einer Reihe von Betrieben zum Siebentundentag und mit dem Wachstum der Arbeiterbevölkerung die Sparsamkeit in den Haushalten der Arbeiter und der Angestellten zu machen und den Einfluß der Arbeiterelemente in der Verwaltung der Häuser zu stärken; die nicht werksfähigen Elemente aus den Municipalbehörden der Tätigkeit; alle Maßnahmen zu treffen zur Ausdehnung der Tätigkeit der Wohnungsgenossenschaftswesen.

Die auf Verbesserung Moskaus gerichtete Tätigkeit fortzusetzen; Maßnahmen zu treffen zum Ausbau der Wasserleitung und Kanalisation; den Bau von Wädherrien und Bodenarbeiten zu leiten, die Straßenbeleuchtung und Gartenanlagen in den Arbeiterbezirken auszubauen; das Kopfplaster allmählich durch ein verputztes zu ersetzen; die Befriedigung der Verkehrsbedürfnisse der Bevölkerung durch Verbesserung der Straßenbahn- und Autobuslinien, wie auch der Wagenpark zu fördern, und zwar sollen diese vorwiegend auf die Arbeiterbezirke, bedienenden Linien konzentriert werden.

Die auf Verbilligung und Verbesserung des Staatsapparates, auf Vereinfachung des Bürokratismus, wie auf Befreiung jeder Entlastung der Klassenlinie gerichtete Arbeit weiter fortzusetzen. Die Verbilligung des Kontakts der Deputierten mit den Wählern und die Steigerung der Befähigung führender Sowjetpolen mit Arbeitern anzustreben.

Eine Ausdehnung der Kräfte der Kantonowjatschewskaja.

### 7. Auf dem Gebiete der Befriedigung der sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung

Auf eckige Einführung der allgemeinen Schulpflicht gerichtete Maßnahmen durchzuführen; den Bau von Schulen mit größter Energie zu betreiben; die Liquidierung des Analphabetentums im Jahre 1930/31 abzuschließen; den Schulunterricht, wie auch die Verlosung der Schulen mit Lehrmitteln zu verbessern; Maßnahmen zu treffen zur besseren Verlosung der Kinder der Doroismus und der schlechtbezahlten Arbeiterfamilien in den Schulen; Steigerung des Entwicklungstempes der Berufs- und Fachschulausbildung, im Hinblick auf die Aufgabe die notwendigen Kadetten qualifizierter Arbeiter auszubilden die in Entwicklung begriffene Industrie heranzubilden. Ein besonderes Augenmerk auf die internationale und antireligiöse Arbeit in den Schulen zu richten; das Netz der Abendschulen und der Volkshochschulen für erwachsene Arbeiter auszubauen und alle Maßnahmen zu treffen zur Verbesserung der materiellen Lage der Moskauer Studentenschaft (Hochschüler und Arbeiterfunktionshörer); die auf Erziehung der Kinder im Volksschul- und Schulungsalter gerichtete Tätigkeit, durch Ausbau des Netzes der in Frage stehenden Institutionen auszubauen; alle Maßnahmen zu treffen zur besseren Befriedigung der kulturellen Bedürfnisse der Arbeiterbevölkerung der Stadt, im besonderen Hinblick auf den Bau von Klubs; die Qualität der Klubarbeit zu heben; Maßnahmen zu treffen zur Liquidierung der Überbliebenen der Tätigkeit der Theater und Kinos.

Die Disponibilisierung in den Fabriken und Industriewerken weiter zu entwickeln, die ärztliche Behandlung der Arbeiter zu verbessern; eine bessere Verwendung der Sanitätseinrichtungen anzustreben und diesem Zwecke ihre Tätigkeit zusammenzufassen.

### 8. Auf dem Gebiete der Landesverteidigung und der Tätigkeit der Roten Armee

Maßnahmen zu treffen zur Hebung der Kultur- und Lebensbedürfnisse der Truppenteile der Armee, zur Liquidierung der Erwerbslosigkeit der Kommandeure der Reserve und der demobilisierten Rotarmisten; das Gesch über Vergünstigungen für Angehörige der Rotarmisten unentwegt durchzuführen.

Das sind Aufgaben einer wirklich proletarischen Kommunalverwaltung. Die russischen Arbeiter haben den Faschismus und Kapitalismus gestürzt, sie richten ihre Politik nur auf die Interessen des Proletariats.

Erkämpft auch in Deutschland die Sowjetkommune. Kämpft mit der Kommunistischen Partei gegen den Kapitalismus — zum Sturz an der bürgerlichen Gesellschaft!

**Am 17. November wählt nur Kommunisten!**

## Deine Kollege

ist noch nicht genau über die Sozialpolitik der Gemeinden unterrichtet. Besorge ihr heute noch den Tätigkeitsbericht der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion. Die Broschüre kostet nur 20 Pfennig und bietet reiches Material.







# Mehreistung und Lohnabbau bei Geidel & Raumann, Heidenau

Eine der übelsten Ursachen der Reformisten ist es, jeden Kampf der Arbeiterkraft um bessere Lebensbedingungen mit dem Hinweis auf die Unorganisiertheit zu verhindern. Aus folgenden Vorgängen unseres Betriebes, dessen Belegschaft zu 95 Prozent organisiert ist, wollen wir zeigen, wie mit Hilfe des SVD-Betriebsrates Nationalisierung und Lohnabbau gefördert werden. Unser „schamlos hervorstechender“ Betriebsleiter Schulz hat in den Jahren seiner „Jugendjahre“ Tätigkeit herausgefunden, daß aus dem Knochen der Arbeiter noch viel herausgeholt ist. Es ist dies auch das einzige, was er in unserem Betrieb am besten versteht. Um den Arbeiter zu beneiden, wieviel mehr noch zu leisten ist, fuhr er mit dem Betriebsratsmitglied Meier nach Berlin, um dort einen „vorbildlichen“ Betrieb zu besichtigen. Was uns von dieser Berlinreise Kollege W. berichtete, war marderbhaft. Beispielsweise berichtete er, daß man dort mit verbleibendem Holz und mit denselben Maschinen, wie sie hier vorhanden sind, 140 Kästen Nadelmaschinen formt und gießt, während man bei uns hier „bloß“ 77 Stück fertig bringt. Im großen und ganzen sollen die Berliner 75 bis 100 Prozent mehr leisten als wir. Schon in Berlin verlangte der Betriebsleiter vom Kollegen M., daß er von „kleinen Leuten“ keine 140 Kästen haben sollte, aber 105 müßten gemacht werden. „Wo sollte seine Meinung äußern. Was tat nun dieser lamale Betriebsrat? Er erklärte, für uns kämen keine 105, auch keine 95, höchstens 90 Kästen in Frage. Nun, der Betrieb kann zufrieden sein, denn das sind immerhin 13 Kästen mehr als bisher geleistet wurden, nebenbei gesagt, heute sind es schon 94 geworden. In den nun folgenden Betriebsbesprechungen mit der Handlung auf der Tagesordnung stehenden „Mehreistung“ konnte man die Kampfgeist der Reformisten in der besten Beschreibung sehen. Der Betriebsrat versuchte alles mögliche, der Belegschaft plausibel zu machen, daß mehr geleistet werden müsse, da sonst die Firma ihren Fuß nach Berlin ziehen würde und den Betrieb hier stilllegen würde. Und da ganze Arbeit geleistet werden müßte, holte man sich die beiden Größen, Händel und Teuber, genannt der Premier. Händel erklärte in dieser Versammlung:

„Kollegen, ich fordere euch nicht zur Mehreistung auf — aber, übersteigt es nicht, überlegt es euch richtig, die Firma besteht eben davon den Fuß in Berlin, entläßt einige Kollegen oder legt ganz still, müßt lieber das kleinere Übel.“

Alle mocht nicht. Nun gar erst „unser Premier“. Er, der früher häufig sagte: „Bei euch wird am meisten gewürgt“, er ist heute der wärmste Unterstützer der Firma. Er konnte sich nicht genug tun, zu beweisen, zu was es alles noch führen könne, wenn mit einer Mehreistung verweigert. Daß sich eine große Anzahl der Kollegen nun Teuber nicht einsehen ließ, wird er wohl an der Entzweiung, die keine Ausführungen auslösten, gemerkt haben. Am letzten nun stellte die Firma zum Teuber das Ultimatum an die Betriebsratsform, bis zum anderen Tage zu erklären, ob sie mehr leisten wollten oder nicht. Der Betriebsrat, vor allem wieder W., versuchte nochmals, die Kollegen zu Jugendsünden zu bewegen. Ihr Ausspruch war: „Wir dem Händel können wir nicht durch die Wand.“ Der Betriebsrat verhandelte dann auf Antrag einiger Kollegen mit den Betriebsratsleuten allein, dort fanden sich behäufeltem Kollegen, durch die Demagogie des Betriebsrates irrefleitet.

zu einer 10prozentigen Mehreistung bereit. Nun denke man nicht, daß dadurch die betr. Kollegen 10 Prozent mehr verdienen würden. Reine nicht. Auf die 10 Prozent Mehreistung folgt 10 Prozent Lohnabbau. Zum Beispiel erhielten die Arbeiter für eine Verklebung mit 19,3 Pf. zu bekommen. Sie jetzt nur noch 17,5 Pf. also ein 10prozentiger Lohnabbau. Teuber brach nun noch die Unerschämtheit, dies alles als einen Fortschritt hinzustellen, indem die betr. Kollegen eine Stillelegung und Entlassungen verbieten wollten. Beim nächsten Lohnabbau machen wir nicht wieder so schnell mit, fügte er hinzu. Na, Kollegen Teuber, wir werden uns in einem polorganisierten Betrieb jede Kampferregung mit Hilfe der Gewerkschaft unterdrückt wird.

Es wäre noch vieles aus diesem Mäherbüchlein zu schreiben. Es hat sich die Arbeiter beim Betriebsrat beschwerten, wenn sie mal ein Votum „belehrt“ hat. Belehrt hat aber ein Kollege beim Betriebsrat, dann bricht es: „Weh nur selber dem! Bist wohl zu feig dazu?“ Doch davon das nächstemal mehr.

Ihr aber, Kollegen von S. u. W. Heidenau, wie lange müßt ihr diesen reformistischen Kurs noch mitmachen? Wollt ihr immer mehr verdienen? Zeigt im Betrieb, daß ihr klaffenbewußte Proletarier seid, legt euren Willen durch. Nur durch die bewußte Kampf gegen das Unternehmertum und deren Vorfahren kann euch helfen!  
Arb.-Rott 1938.

# Wichtige Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts

Ein Schwerkranker bei einer Firma zunächst als Lehrling, dann als Hilfsarbeiter beschäftigt gewesen. Er erkrankte, und nach Wiederantritt der Arbeit wurde ihm der Partnerposten — bei gleichbleibender Bezahlung — wieder zugewiesen. Der Schwerkranker forderte die Beibehaltung der Lehrlingsbezahlung, die er vor der Erkrankung ausübte hatte und weigerte sich, den Partnerposten auszuüben. Auf Zustimmung der Hauptvertragsunterstelle wurde er wegen Arbeitsverweigerung entlassen. Er klagte: Arbeitsgericht und Landesarbeitsgericht wiesen den Fall ab. Das Reichsarbeitsgericht hat nun entschieden.

Das Urteil des Vorinstanz wird aufgehoben, die Klage wird abgewiesen. Die Verweigerung des Klägers zu einer anderen Beschäftigung war an die Zustimmung der Hauptvertragsunterstelle nicht gebunden; eine Kündigung des Arbeitsverhältnisses ist nicht erforderlich, der Kläger ist lediglich von einer Beschäftigung in eine andere, die man ihm ansetzen konnte, verhindert worden. Wenn der Kläger bei seiner Weigerung, die neue Beschäftigung auszuüben, eine ihm günstigere Rechtsaufstellung zugrunde legte, ohne abzuwarten, bis die wirkliche Rechtslage festgestellt war, so muß er auch die ihm entstandenen Folgen tragen.

# Erneute Abfuhr der Sozialfaschisten bei den Doppelner Eisenbahnen

Für Donnerstag den 17. Oktober hatte die von Scheffel abgerichtete Ortsverwaltung der Ortsgruppe Oppeln des Einheitsverbandes eine Protokollbesprechung gegen die Spaltungsgewalt der Sozialfaschisten im Einheitsverband anberaumt und hierzu den SVD-Betriebsleiter Blättler m. m. n., wie von Scheffel eingeleiteter Kommissar öffentlich geladen. Durch einen Trick wollten die Reformisten die Kundgebung verhindern. Sie trafen für den gleichen Tag eine Mitgliederversammlung an die oppositionelle Ortsverwaltung forderte daraufhin die Mitglieder auf, geschlossen in die von den Reformisten einberufene Versammlung zu gehen. Die Kollegen gegen die bereits ein Auswärtigerfahren eingeleitet ist, erhielten keinen Zutritt. Ihnen, die bisher noch Auswärtigerfahren nach nicht erhalten hatten, behauptete man am Saalübergang ein Schreiben aus, in welchem ihnen mitgeteilt wurde, daß auch gegen sie der Beschluß beantragt ist. Sie wurden infolgedessen auch nicht in den Saal gelassen. Ironischerweise „Rechtsmänner“ erhielten die Reformisten eine beachtliche Mehrheit in ihrer eigenen Versammlung. Die von den oppositionellen Kollegen gegen die Faschisten eingeleitete Kundgebung wurde einstimmig angenommen. Selbst die Jünger Scheffels wagten nicht, angesichts der Stimmung dagegen zu stimmen. Als später der Kollege Gonsel von Hohel in die Versammlung ging, was von den Anwesenden mit Beifall begrüßt wurde, erdramatisierte die Verbündeten der Sozialfaschisten die Polizei, und forderte für „Ordnung“. Da es die Eisenbahner Oppelns ablehnten, unter „Polizeihaft“ zu legen, wurde die Versammlung im „Alten Schützenhaus“ fortgesetzt und die von der Opposition gemachten Vorschläge hinsichtlich der Gewerkschaftsleitung einstimmig gutgeheißen. Die oppositionelle Ortsverwaltung wurde erneut mit der Führung der Gewerkschaft beauftragt, und bis zur Festlegung der Differenzen mit dem Hauptvorstand werden an diesen keine Beiträge mehr abgeführt.

Wie nicht anders zu erwarten war, hat sich die Justiz eifrig für die Gewerkschaftspartei eingesetzt. Die Scheffel- und Kommissar haben eine einstimmige Verfügung erlassen, die den Reformisten die Benutzung der Gewerkschaftsräume gestattet. Das Gericht kam dem Antrag noch und bedroht in der einstimmigen Verfügung die Mitglieder der rechtmäßig gewählten Ortsverwaltung mit Gefängnis bis zu 3 Wochen, wenn sie ihre Arbeit räume verlassen. Außerdem ist von den Reformisten gegen zwei Kollegen Strafklagen wegen Unzufriedenheit gestellt, weil den Berliner Kollegen 1900 Mark übermittleit wurden.

Die Mitglieder des Einheitsverbandes in Oppeln bei der Spaltungsgewalt der Sozialfaschisten richtig beantwortet. Sie mußten sich gegen die faschistischen Arbeiterkraft in ihrem Kampfe unterstützen. Insbesondere sind es die Eisenbahner, die in allen Betrieben und Werksstätten gegen die Verhängung ihrer Organisation durch die Sozialfaschisten den härtesten Kampf aufnehmen müssen. Jeder Sozialist hat sich um die Opposition zu bemühen und gemeinsam mit ihr den Kampf gegen die Reformisten und die Reichsbahnverwaltung zu führen.

# Die aktuellen Gewerkschaftskämpfe

bedeutendsten, erzielte die Gewerkschaftsopposition. Neben einem Artikel von Paul Mertes „Der Kongress der revolutionären Opposition ein Spaltungsgewalt“ werden die wichtigsten Kampfereignisse der deutschen Arbeiter behandelt. Folgende Würdigung haben die Lage des Berliner Arbeiterkampfes und „Die Bauarbeiterkämpfe“ auch der jüngst stattgefundenen Streik bei Irena wird in einem Artikel „Ein Heidenau-Streik und seine Lehren“ einer gründlichen Analyse unterzogen. Weiterhin ist hervorzuheben ein Artikel über „Die Erziehungsarbeit der Reformisten“. Doch an Stelle der revolutionären Kämpferkämpfe, am Stelle der marxistischen Schulungsarbeit Heimlichgerichte. Ideale der Sozialfaschisten getreten sind, wird in diesem Artikel überzeugend nachgewiesen. Ein besonders trauriges Beispiel dieser Erziehungsarbeit der Reformisten aus dem Neuna-Bezirk wird in diesem Artikel zitiert. Dort haben die sozialfaschistischen Gewerkschaftsbeamten den Arbeitern empfohlen, als ein erprobtes Mittel gegen die Regierung, von 1 bis 100 zu zählen, um die Ruhe wieder zu gewinnen.

Der „Widerstand“ bringt Anweisungen über die Bedeutung und Benutzung der Arbeitsordnung zur revolutionären Kleinarbeit im Betrieb.

Im weiteren Heftlein sind hervorzuheben „Wie führt der Betriebsrat den Kampf gegen die Unzufriedenheit“ von Sabotta — „Der Verbandstag der Holzarbeiter“ von Heinz Emers — „Gewerkschaftsbewegung in Valletta“.

„Betrieb und Gewerkschaft“ ist in allen Arbeiterkühnbüchlingen und Büchlein für 20 Pfennig zu haben.

Verantwortlich für Inhalt und Redaktion: Walter Beyer, Hr. Kalkreuth, Sport- und Reizklinik, Müllers Park, 100 Berlin, W. 10. Druck: Verlag „Der Arbeiter“, Berlin, W. 10. Druck: Verlagsanstalt „Der Arbeiter“, Berlin, W. 10.

# Holzfällen nach der Stoppuhr

Die in den Staatsforsten und Privatforsten beschäftigten Waldarbeiter messen sich in der nächsten Zeit bei der veränderten Ausbeutung durch die Waldbesitzer gegenüber. Der Leiter des Instituts für forstliche Arbeitswissenschaft in Göttingen, Dr. H. H. H. H., hat die Führer der Deutschen Waldarbeiterverbände zu einer Besichtigung bei Hausarbeiten in der Nordsee-Region eingeladen. Nach dem Vordarbeitsgang ging die Sache so vor sich:

„Die Zeitnahme wurde genau verglichen in Teilvorgängen, wie Ausschlag des Stammes, Reistimmen der Holzränge, Freimachen des Stammes im. Dann wurden durch zwei Arbeiter eine Anzahl Reisten gelöst. Die Hämmernden brachten Zeitfragen ausgehandelt, in die die Zeiten eingetragen wurden. Der Professor hand mit der Stoppuhr in der Hand dabei, und nun ging's los. Eine Stoppuhr: eine Reiste von 18 Meter, wurde gefüllt. Dabei ließen die hohen Herren folgende Zeiten fest: Stammanschnitt 45 Sekunden, Ausschlag 25 Sekunden, Reistenbau 115 Sekunden, Sägen und Reisten 248 Sekunden, Ausschlag 300 Sekunden, Klemmen und Anheben 116 Sekunden, Kahlhieb und Reisten 45 Sekunden.“

Nach diesen Zeiten sollen die Affordänge berechnet werden. Das ist die schließliche Ausbeutung der Waldbesitzer. Die Sozialdemokraten aber fordern und münden diese Ausbeutung der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten. Händel hat zum Leiter vom SVD, sagte in seiner Rede zum Parolen in diesem Jahre:

„Wir begrüßen die Nationalisierung des Holzniegelages. Die Nationalisierungsbestrebungen, wie sie in Österreich ausgeprobt werden, werden von uns mit größtem Interesse verfolgt. Wir erkennen seinen Nutzen, daß der Interessent davon liegen muß, jeden nur möglichen Weg zu beschreiten, um zu einer Verbilligung der Produktionskosten zu gelangen.“

So arbeiten die reformistischen Gewerkschaftsführer mit den Kapitalisten zusammen an der Ausbeutung der Forstarbeiter. Selbst diese Kapitalisten sind die gebührende Antwort und schick die Delegierten zum Reichstag gegen die revolutionären Gewerkschaftsopposition, wo die Land- und Forstarbeiter die Klassen zur Bewehrung schreiten werden. (S. 17. November der Sozialdemokraten bei den Gemeindefest und Kreisversammlungen den verdienten Zutritt und jagt sie nach der Stoppuhr zum Teufel.)

# SCHKID DIE REPUBLIK DER STROLCHE

Es war ein kumpfiges, aber lustiges Leben. Grätsche gewann die Kameraden, die Friedhofsgräber lieb und hatte schon alles Vergangene vergessen, als plötzlich ein neues Unglück hereinbrach.

Die Weigen saßen gegen die Stadt.

Truppen massierten, endlose Infanterien und Artillerie überfluteten alle Straßen. Die Kolonnen warteten auf den Befehl, und die Jäger benutzten die Gelegenheit, sich mit Kartätschen, Kahl, Ketten und allerlei Gemütle zu versorgen.

Grätsche, von plötzlichen Gefühlen übermannt, erinnerte sich an seine Verwandten und versorgte sie mit gestohlenem Lebensmitteln.

In der Stadt war Unruhe. Die Geldhülle strahlte ganz rot, und die Fensterläden klirren. Die Straßen wurden mit Trümmern und Bettelsternen aus Sandbläsen überzogen.

Alle waren in gehobener Stimmung. Auch Grätsche. Noch einmal ging er in das geliebte Kloster, betrachtete die prächtigen Fensterläden und die weißen Kreuze auf den Wänden. Dort war Hilgriedel aus der Klosterkammer und verschwand auf Kammerniederungen. Dann kam er wieder in ein Heim und ließ sich dort nieder.

Nach unter großen Schwierigkeiten gelang es der Bettelkammer, den Jungen los zu werden. Sie erlaubte die Schik um keine Aufnahme.

Er wurde aber erst aufgenommen, als man ihm zwei Paar Hosen, Bettwäsche, ein Bett und eine Matratze mitgab.

Zu dieser Zeit hatte Grätsche bereits eine ganz bestimmte Lebensauffassung. Er war irgendwie abgelaßt. Nichts leiste ihm in Erlöschen. Nichts rührte ihn. Ironie seiner ersten Jahre dachte er schon ganz wie ein Eschbacher und hatte eine feste Regel:

„Nichte dich so ein, doch es dir gut geht!“

So stand es mit ihm, als er in die Schik kam.

Es war ein Morgen. Er wurde zu dem Leiter des Zimmers geführt. Das Kreuzer der Schule gefiel ihm, aber beim Eintritt in das Zimmer bekam er es mit der Nacht zu tun.

Er trat leise ein, schloß die Tür hinter sich und sah sich in dem Räume um.

„Wer lebt hier in diesem Zimmer?“ dachte er unwillkürlich, als er die weißen Seile, das Sofa und die Fotos an den Wänden in den strengen, schwarzen Rahmen sah.

Hilflos lag am Tisch. Als er den Neuen bemerkte, zeigte er auf den Seil.

„Sich dich.“

Grätsche trat sich hin und betrachtete sich — aussernichts.

„Sich dich zu einer Mutter?“

„Ja.“

„Was machst du?“

„Sie ist Wolfsfrau.“

„So? Hilflos trommelte nachdenklich mit dem Finger auf den Tisch.“

„Wohin sie ich mit dir? Gehst du gern oder nicht?“

Grätsche wollte „nein“ sagen, aber es fiel ihm ein, daß das unpassend wäre, und er antwortete:

„Sich dich, ich lerne gern und lerne gern.“

„Du gehst mit? Mache dich dich der Peter „Nein“ dich du denn irgendwas Besondere?“

Grätsche strengte ihm Gebirn an, um irgendeine aus der ihm neuen Dinge herauszufinden, vermittelte sich aber nach mehr.

„Ich habe das in einem Saal gelernt. Man hat mich gelehrt.“

„Was, was ist ja ausgedrückt. Mit brauden Wäcker“, sagte Hilflos aufmunternd und sich selbst als vorher. „Tu nicht bei uns stehen und lernen.“

„Wiederholen“, brummte Grätsche.

Hilflos lächelte in den Papieren, holte ein Schreibzeug hervor und las es aufmerksam durch.

„Was ist die erste Thematik?“

„Ich bring dich zu deinen Kameraden.“

Hilflos ging mit großen Schritten vor ihm her. Grätsche betrachtete ihn bei dieser Gelegenheit kritisch. Er hatte sofort fest, daß der farbige Kopf dem Leiter gar nicht paßte und daß seine Streifenläden herunterhängen. Er wanderte fort.

„Was ist denn das? Hobben du er wie ein Hühnerhals und angucken hat er nichts!“

Sie gingen durch das Esszimmer, und dann sah Hilflos die Klappen auf. Jetzt wurde Grätsche von unglaublichem Lärm bedeckt, dann von Stille. Die Klappen schloß. Er sah eine Reihe

Wände vor sich und ungefähr hundert an Holzblenden erhaltene Schüler.

Hilflos, der inzwischen den Neuen vergessen hatte, betrachtete die Klappen Augenblick lang und sagte dann ruhig, ohne die Stimme zu erheben und fast ohne Betonung:

„Gromonofew, du bekommst heute kein Ausgange. Woroblow, mach dich aus der Klasse!“

„Was haben wir denn getan, Herr Hofmann?“

„Was haben wir dich nicht getan?“

„Was wollen Sie denn von uns?“ riefen die Weistatten Klappen im Chor. Aber Hilflos fragte sich doch hinter dem Ohr und sagte in einem Ton, der keinen Widerspruch zuließ:

„Ihr habt Unfug getrieben, Bettelst euch aber auch selbst! Jetzt helfe ich euch einen Neuen vor. Er heißt Gregorij Ichor, nach Ein sehr fähiger und begabter Kerl, außerdem noch ein Wäcker. Er wird in eurer Arbeit arbeiten, da keine Kenntnis der euren entgegen.“

Die Klasse schweig und betrachtete den Neuen. Keugetlich erinnerte Grätsche trotz seiner blonden Haare an einen Juden. Kleinere auffällig war keine lange, gebogene Nase.

Einen Augenblick herüber lieh sich gegenüber auf der einen Seite die Klasse, auf der anderen Hilflos und Grätsche. Dann fragte sich der Leiter wieder hinter dem Ohr und betlich die Klasse ohne noch etwas zu sagen.

Der Zigeuner näherte sich dem Neuen, der gespannt da hand, betrachtete ihn rumm, trat dann beiseite, zeigte auf ihn mit dem Finger und rief, wobei er sich bog vor Lachen:

„Janfel ist da! Schaut mal her, ihr Kerl! Ein Nambet Jub!“

Grätsche wurde böse und zambette groß.

„Was gibts da zu lachen? Und wenn ich auch ein Jub wäre. Wer bist du denn, du Zigeunertrake?“

„Franz, Janfel! Du bist der Zigeuner gleich erkannt!“

„Sich dich wohl, Kalk! Den Zigeuner erkennt man sofort!“

Er wollte schon an dem Neuen vorbeigehen durch die Antwort, aber Spay mitleid mit der Hand ab:

„Was belästigt du ihn? Verfluchtes Vieh! Laßt ihn doch erst sich umsehen.“ Er wandte sich an Grätsche und sagte:

„Komm, Janfel, leh dich neben mich.“

„Ich bring dich, Kalk! Verfluchtes Vieh! Laßt ihn doch erst sich umsehen.“ Er wandte sich an Grätsche und sagte:

„Das mußt du dir aus dem Kopf schlagen. Man hat dich Janfel gekauft, und dann bist du! Du bist jetzt Janfel für alle Zeiten.“

